# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 69. Mittwoch, 21. März 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig, durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Jetzt Tarif. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 65.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Litwinows Vorstoß.

Es ist ein recht merkwürdiges Zusammentreffen, daß gerade in dem Augenblick, wo die Donezaffäre eine gewisse Spannung in die deutsch-russischen Beziehungen gebracht hat, Litwinow, der Führer der russischen Delegation, in Genf eine Rede gehalten hat, die in ihrem Inhalt, ihrer Tendenz, in ihrer schonungslosen Schärfe und Prägnanz eine nicht zu verkennende Unterstützung des deutschen Standpunktes zur Rüstungsfrage liefert. Diese Rede Litwinows kann für jeden unvoreingenommenen Politiker in Deutschland und Rußland den letzten schlüssigen Beweis liefern, daß in den großen Problemen der Weltpolitik diese beiden Länder, so grundverschieden auch ihre inneren Strukturen sind, zusammengehen müssen. Deutschland fordert die allgemeine und restlose Weltabrüstung, weil der Versailler Friedensvertrag, noch mehr die Durchführung der eigenen Abrüstung ihm das Recht zu dieser Forderung geben. Es fordert diese Abrüstung, weil die gesamte Weltpolitik programmatisch auf die These einer festen Friedenssicherung aufgebaut ist, weil es nur eine selbstverständliche logische Folgerung aus dieser programmatischen Festlegung des Sicherungsbegriffes ist, wenn jetzt aus Theorie Praxis werden soll. Man hat sich in allen Staaten der Siegerwelt offiziell auf die Abrüstung festgelegt. Was schließlich besagt, daß in der Frage, ob abgerüstet werden soll, programmatisch zumindest keine Uneinigkeit mehr besteht. Vergegenwärtigt man sich jedoch, daß die Völkerbundsversammlung und der Rat sich bisher in 18 Sessionen mit der Abrüstung beschäftigt haben, daß zahlreiche Organisationen und Unterorganisationen der Genfer Institution bisher in mindestens 120 Sessionen diese Frage ventiliert haben, daß der Rat und Versammlung seit Gründung des Bundes nicht weniger als 111 Resolutionen angenommen haben, so muß schließlich auch der unentwegteste Anhänger des Völkerbundsgedankens und seiner Zweckaufgaben zu der Gewißheit kommen, daß es nicht allein technische Schwierigkeiten sind, die immer und immer wieder die praktische Folgerung aus der Theorie zur Weltfarce machen.

Deutschland fordert also die restlose Abrüstung. Wenn seine Delegation in Genf bis jetzt diese Forderung nicht in dieser ultimativen Art zum Ausdruck brachte, wie es jüngst Litwinow unbedingt tat, so liegt dies an der Erkenntnis der deutschen Delegation, daß sie erstens mit einer solchen Forderung ziemlich allein steht, daß sie zweitens nur dann etwas überhaupt erreichen kann, wenn sie der gerissenen Taktik und Dialektik der Gegner eine gleiche Taktik entgegenstellt. Die große Bedeutung der Litwinow-Rede für Deutschland liegt in der Tatsache, daß sie die deutsche Forderung auf Weltabrüstung sich zu eigen macht und diese Forderung in einer Schärfe und Rücksichtslosigkeit zum Ausdruck bringt, die sich Deutschland auf Grund seiner Zwangslage nie erlauben könnte. Es wäre falsch, wenn man den Ausführungen des russischen Delegierten in Genf eine lediglich taktische Bedeutung beimessen würde. Diese Rede Litwinows stellt die Abrüstungskommission vor eine Alternative. Sie erheischt eine Antwort. Und zwar eine Antwort, in der Farbe bekannt werden muß. Diese Antwort wird zwar sicherlich nicht eine sichtliche und praktische Weiterentwicklung des Abrüstungsgedankens darstellen. Aber sie wird ein großes Teil der Heuchelei, die stets von den großen Siegermächten mit der Abrüstungsidee getrieben wurde, aus der Welt räumen. Rußland konnte sich in Genf zu einer solchen scharfen und ultimativen Frage verstehen, weil Rußland ja schließlich keine Rücksichten zu nehmen braucht, weil eine solche Sprache die russischen Interessen nicht schädigt, schon weil man von vornherein eine solche Sprache von den Russen erwartet. So liefert die Genfer Litwinow-Rede zwischen Rußland und Deutschland eine natürliche Operationsgemeinschaft. Es spricht sehr für das taktische Geschick des Grafen Bernstorff, wenn er sich sofort nach dieser Litwinow-Rede zu einer äußerst kräftigen Unterstützung der russischen Forderungen entschloß. Daß die zum erstenmal in der vorbereitenden Abrüstungskonferenz erschienenen Türken sich gleichfalls in diese deutsch-russische neue Front einreihten, ist ein weiterer Umstand, der der deutschen Einstellung sehr dienlich sein wird.

Die Rede Litwinows in Genf gipfelt in zwei entscheidenden Fragen: 1.) ob die Kommission im Prinzip der allgemeinen Entwaffnung in dem von den Russen geforderten Zeitraum zustimmt, und 2.) ob schon am Schluß des ersten Jahres eine Abrüstung erfolgt sein solle, die weitere Kriege unmöglich mache. Man sieht also, Litwinow geht aufs Ganze. Er verlangt Gewißheit, Klarheit, ein Ja oder ein Nein. Die Rede des deutschen Delegierten Graf Bernstorff konnte sich nach dieser prägnanten Forderung der Russen nur auf den Versuch beschränken, die Kommission von der Tatsache zu überzeugen, daß diese von den Russen vorgetragenen Ideen nichts Neues seien, nichts spezifisch Russisches, keine bolschewistische Demagogie, daß sie nichts weiteres seien als eine Anknüpfung an die bekannten 14 Punkte Wilsons, die ja gleichfalls eine Reduktion der Rüstungen bis auf ein Maß forderten, das lediglich für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe des Landes bestimmt sei. Der Zweck dieser Ausführungen des Grafen Bernstorff war der, dem russischen Vorstoß den Charakter des Außergewöhnlichen zu nehmen. Da die russischen Forderungen die „Aufrechterhaltung des Friedens" bezwecken, also einer Forderung Verwirklichung schaffen wollen, die von allen Staaten offiziell vertreten wird, so passen sie sich auch in der Tat harmonisch in die Kommissionsarbeiten ein. Graf Bernstorff faßte sie geschickt in eine Formel: „Die Unmöglichmachung eines Angriffkrieges durch Vernichtung aller militärischen Angriffsmöglichkeiten ist die beste Gewähr für die Sicherheit." Die Fragen, die hier der Kommission von einer geeinten deutsch-russisch-türkischen Front gestellt werden, sind gewiß für eine Mehrheit dieser Kommission peinlich und unangenehm. Aber sie müssen beantwortet werden. Und zwar jetzt. Was besagt, daß die Maske fallen muß.

# Schweres Unglück auf einer Braunkohlengrube.

## Bisher 11 Tote geborgen. — Mehrere Schwerverletzte.

**Mückenberg bei Liebenwerda.** (Funkspruch.) **Heute vormittag in der 10. Stunde stürzte infolge des heftigen Sturmes die bei der Braunkohlen- u. Brikettindustrie A.-G. im Bau befindliche Abraumförderbrücke zusammen. Die Unfallstelle ist abgesperrt.**

**In dem schweren Unglück wird weiter mitgeteilt, daß durch den Sturm das Montagegerüst umgeworfen und dadurch die Eisenkonstruktion mitgerissen wurde. Bis um die Mittagsstunde waren 11 Leichen geborgen. Man glaubt, sämtliche Opfer der Einsturzkatastrophe gefunden zu haben. Die Zahl der Schwerverletzten wird auf sieben angegeben. Die Bergungsarbeiten sind bei dem außerordentlich sandigen Gelände infolge des heftigen Sturmes sehr erschwert.**

**Lauchhammer hat halbmast geflaggt.**

# Der sächsische Volksbildungsminister über Schulfragen.

ſſt. **Dresden.** Der **Haushaltsausschuß A des Landtages** behandelte am Dienstag das Kapitel 71 des Staatshaushaltplanes betr.

## Volks- und Fortbildungs-(Berufs-)Schulen.

Abg. **Claus** (Dem.) bemängelte als Berichterstatter die Besetzung der Leipziger Bezirksschulratsstelle für das Berufsschulwesen und wünschte, daß die Regierung über die Leistungen der Volksschule neuerliche Urteile abgebe.

Abg. **Weckel** (Soz.) bekämpfte vor allem die Verordnung betr. **Freigabe von Schulräumen, wandte sich gegen die Religion in der Schule** und forderte ein einheitliches Schulrecht.

### Der Volksbildungsminister

wies darauf hin, daß die Trennung der Schulaufsichtsbezirke nach Sachgebieten (Volks- und Berufsschulen) gesetzlich ebenso zulässig sei, wie die örtliche Teilung von Schulbezirken und das die Einstellung von besonderen Schulräten infolge der starken Entwicklung der Berufsschule auch zur unbedingten Notwendigkeit geworden sei. Ein allgemein gültiges Urteil über die Leistung der gesamten sächsischen Volksschulen könne nicht abgegeben werden. Es gäbe Schulen mit guter und mit weniger guter Leistung. **Eine Schule ergäbe nur dann gute Leistungen ihrer Schüler, wenn hinter der Schularbeit ein geschlossenes Lehrerkollegium stehe, daß sich von fremden Einflüssen freihalte und die gesamte Arbeitskraft nur auf eine einheitliche Schularbeit konzentriere.** Dort aber, wo die Lehrerkollegien zerrissen seien, leide natürlich auch die Schularbeit in erheblichem Maße. Dazu trete, daß natürlich, wie überall, so auch an den Volksschulen viele Menschlichkeiten bei einzelnen Lehrern zutage treten, so daß auch innerhalb der einzelnen Schulen oder auch manchmal an ganzen Schulen insbesondere entlegenerer Gegenden, die Leistungen der Kinder ungenügend seien. Um diesen Uebelstand abzustellen und um eine einheitliche Schularbeit überall zu gewährleisten, kenne die Regierung nur ein einziges Mittel, nämlich eine intensivere Schulaufsicht, die der einzelnen Schule näher stehe, als die bisherige einzige Aufsichtsperson, nämlich der Bezirksschulrat, der nicht immer zu erreichen sei und dessen Zeit auch hierfür nicht ausreiche. Diesem Uebelstand werde auch nicht durch eine vermehrte Teilung von Schulaufsichtsbezirken abgeholfen.

Im übrigen kämen die Klagen gegen die Leistungen einzelner Schulen nicht nur von einer Seite: die Beschwerden kämen von Leuten, die den verschiedensten Richtungen angehören. Im allgemeinen glaube das Ministerium allerdings sagen zu können, daß **durch die ruhige und sachliche Führung der Volksschulpolitik in den letzten 4 Jahren ein großer Teil der früher zu beklagenden Zustände an den Volksschulen sich gebessert und die Schularbeit wieder zufolge größerer Konzentration der Lehrerschaft befriedigende Ergebnisse hervorgebracht habe.**

**Darüber hinaus erklärte die Regierung, daß auf der** Tagung des Vereins der Bezirksschulräte über die **Wiedereinführung des Direktorats** verhandelt worden sei. Von 37 Bezirksschulräten haben sich nur wenige gegen die Wiedereinführung der alten Einrichtung gewandt.

Von 527 000 Volksschülern befänden sich in Sachsen 13 000 in Förderklassen, 13 000 in gehobenen Klassen und 5000 in Hilfsklassen. Mit dieser Gliederung stehe Sachsen an der Spitze der deutschen Länder. Ueber die **Art der Beschulung Schwererziehbarer** würden noch Erörterungen angestellt.

Auf die **Wiedereinführung der Gewerbelehrerprüfung** sei man **nicht zugekommen.** Die eingegangenen 400 Gesuche um Anerkennung der Gleichwertigkeit würden zur Zeit geprüft. Die Regierung habe Lehrgänge mannigfacher Art für die verschiedensten Fächer im letzten Jahre eingerichtet.

Abg. **Siegert** (Dnat. Vp.) bemängelt, daß die **Schulzucht** noch sehr viel zu wünschen übrig ließe und legt Wert auf **ausreichenden Religionsunterricht.**

Abg. **Voigt** (DVp.) hebt die **Bedeutung der Vollklassen an den Berufsschulen** hervor und bedauert, daß die Finanzlage des Landes zur Zeit kein weiteres Entgegenkommen gestatte. Die in Zeiten der Arbeitslosigkeit sich bietende freie Zeit könne nicht besser als zu beruflicher Schulung Anwendung finden. Jeder Wohlmeinende müsse wünschen, daß die sächsische Volksschule ihr altes hohes Ansehen wieder erlange. Die gesetzlichen Elternvertretungen erführen von seiten der Lehrer manchmal nicht die gebotene Beachtung, und der Religionsunterricht sei durchaus nicht überall sichergestellt.

Abg. **Dr. Seufert** (Dem.) verweist darauf, daß sich eine ausreichende Zahl Studenten an den pädagogischen Instituten gemeldet habe, so daß **der Bedarf an Volksschullehrern voll gedeckt werden könne.** Es müsse schließlich auf die Erweiterung der Institute zugekommen werden, und die entsprechenden Etatmittel seien anzufordern.

**Die Regierung gab die Erklärung ab, daß sie überall dort die Errichtung von Vollklassen an Berufsschulen genehmige, wo die Gemeinden die erforderlichen Mittel selbst aufbrächten und wo durch die Entwicklung der Rest der Berufsschule nicht beeinträchtigt werde.**

Für die **Ausbildung von Religionsunterrichtslehrern** sei an den pädagogischen Instituten in Leipzig und in Dresden Vorsorge getroffen.

**Wie alljährlich erforderte dieses wichtige Etatkapitel die Ausschußberatungen eines ganzen Tages. Mit 93 254 400 Mark Ausgaben,** zu denen von den Gemeinden rund 30 Mill. beigetragen werden, **beansprucht dieses Kapitel etwa 22 Proz. der gesamten Ausgaben des Staatshaushaltsplanes für 1928.**

Die Redner aller größeren Parteien nahmen zu den wichtigen Fragen des Volks- und Berufsschulwesens Stellung, nur die Wirtschaftspartei beteiligt sich nicht an der Aussprache, obwohl das gewerbliche Berufsschulwesen mit im Vordergrund der Beratungen stand. **Alle Abstimmungen wurden ausgesetzt,** da von fast allen Parteien Anträge vorgelegt wurden, die zunächst in den Fraktionen besprochen werden sollen.

## Die Regelung der Beamtenfragen betr.

)( **Berlin.** Der **Unterausschuß des Haushaltsausschusses,** der im Zusammenhang mit dem Ergänzungsetat für 1928 speziell die Frage der Durchführung der beim Besoldungsgesetz gefaßten Entschließungen klären sollte, ist gestern vormittag 9 Uhr zu einer mehrstündigen Sitzung zusammengetreten. **Ihr Ergebnis ist abermals negativ.** Die Parteien der Opposition und mit ihnen die Deutsche Volkspartei stehen dem „B. T." zufolge nach wie vor auf dem Standpunkt, daß **entweder alle Entschließungen durchgeführt werden müssen, oder die ganze Neuregelung der Beamtenfragen dem kommenden Reichstage zu überweisen ist.** Die weitere Klärung dieser Frage ist nun einer Konferenz der Parteiführer mit dem Finanzminister überwiesen worden, die heute nachmittag 4 Uhr zusammentritt.

* **Berlin.** Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sollen sich die **Parteiführer bei der Besprechung mit dem Reichsfinanzminister** dahingehend geeinigt haben, daß die **Durchführung der in den Reichstagsentschließungen vorgesehenen Beamtenumgruppierungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden soll.** Es sollen jetzt nur diejenigen Umstufungen zur Ausführung kommen, die im Gesetz über die Besoldungsreform ausdrücklich vorgesehen sind. Der Aussetzung der in den Reichstagsentschließungen vorgesehenen Umgruppierungen soll, wie verlautet, deshalb von den Parteiführern zugestimmt worden sein, weil es sich dabei im ganzen um 12 bis 15 000 Reichsbeamte handelt. Allein bei der Post sollen dabei etwa 7000 Beamte in Frage kommen. Auch die Reichsbahn würde davon betroffen werden. Zur Durchführung dieser großen Umstufungen wäre eine neue umfangreiche Gesetzesvorlage nötig, die aber infolge der vielen damit zusammenhängenden Fragen vorläufig nicht verabschiedet werden könnte.

## Reichspräsident von Hindenburg an den Verband Sächsischer Industrieller.

Den in Dresden versammelten Mitgliedern des Verbandes Sächsischer Industrieller sage ich **herzlichen Dank** für das freundliche Meingedenken bei der gestrigen Tagung. Ihr Gelöbnis, an dem Werke des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft verständnisvolle Helfer zu sein, nehme ich in **voller Würdigung der Bedeutung der Mitarbeit der Industrie** am Wiederaufbau des Vaterlandes mit Befriedigung gern entgegen. Mit freundlichen Grüßen!

gez. von Hindenburg.